

## «Diese Zuwanderung muss man steuern»

Chef der UNO-Flüchtlingshilfe Filippo Grandi sagt, dass sich die Debatte in Europa zu wenig um Integration drehe. Es brauche eine Politik, die Lösungen suche. Denn die Schweiz und Europa seien dringend auf Immigrantinnen und Immigranten angewiesen.

Mario Stäuble

---

*Herr Grandi, als russische Truppen in der Ukraine einmarschiert sind, war in Europa eine enorme Solidarität spürbar. Auch in der Schweiz sammelten Bürgerinnen und Bürger Hilfsgüter und richteten Unterkünfte für ukrainische Flüchtlinge her. Heute, ein Jahr später, ist diese Solidarität brüchig geworden.*

Da muss ich Ihnen widersprechen. Ich bin Jahrgang 1957, habe in Europa aber noch nie so etwas erlebt. Zugegeben, der Schutz der Ukrainerinnen und Ukrainer ist nicht auf Dauer geplant: Die Unterkünfte sind temporär, Kinder gehen bisweilen am neuen Ort und gleichzeitig virtuell in der Ukraine zur Schule. Je länger der Konflikt dauert, desto schwieriger ist es, das aufrechtzuerhalten. Aber ich glaube, die Solidarität ist immer noch da.

*Worin wurzelt diese Solidarität?*

Europa hat zum ersten Mal seit Generationen die Verbindung zwischen Bomben und Flucht erkannt. Es ist schwierig, keine Sympathie für Leute zu empfinden, die vor Geschützfeuer fliehen. Gleichzeitig höre ich oft, mit kritischem Unterton: Ukrainer sind uns ähnlich, kommen aus einer christlichen Kultur - sie werden bevorzugt. Im Gegensatz zu anderen Flüchtlingen, die eine andere Hautfarbe oder Religion haben.

*Gibt es in Ihren Augen diese Ungleichbehandlung?*

Ja, die gibt es, das ist Fakt. Aber für mich geht es nicht darum, dass man deswegen weniger für die Ukrainerinnen und Ukrainer tun sollte. Im Gegenteil: Man sollte für die anderen mehr tun. Darüber schockiert zu sein, dass Menschen diese Unterscheidung machen, ist naiv. Global gesehen, fliehen Menschen in den meisten Fällen in ein Nachbarland. Dort haben sie Verbindungen: vielleicht Familienangehörige, eine ähnliche Kultur, dieselbe Sprache.

*Sie sagen: Nähe schafft Verständnis?*

Ja. Aber Vorsicht: Wir sollten beim Entscheid, wen wir als Flüchtling akzeptieren, über solchen Merkmalen stehen. Leider tun wir das nicht immer. Und manche Politiker nutzen das aus. Es gibt europäische Politiker, die so reden. Ukrainer sind Flüchtlinge - die «anderen» nicht? Das ist ein Skandal.

*Wie gehen Sie das Problem an?*

Ich versuche, das Ganze von der positiven Seite zu sehen. Wie lange dauerte es nach Kriegsausbruch, bis sich Europa entschieden hatte, zu helfen? Zehn Tage. Das zeigt doch gerade, wie hilfsbereit eine Gesellschaft sein kann. Das Beispiel Ukraine beweist auch, wie effizient es sein kann, wenn Flüchtlinge sich frei bewegen können. Viel effizienter, als wenn die einzelnen Länder sie von Grenze zu Grenze geschickt hätten. Ich hoffe, dass der Fall Ukraine in Europa zum Lehrbeispiel wird.

*Die Politik fokussiert im Moment darauf, an den EU-Aussengrenzen Zäune zu errichten, Flüchtende schneller zurückzuschicken.*

Das ist schlechte Politik. Das sind keine Lösungen. Die ganze Diskussion dreht sich um Grenzen und Kontrolle.

*Das ist doch nachvollziehbar. Es geht darum, keine falschen Anreize zu setzen.*

Die richtigen Fragen wären: Was lässt sich in Herkunftsländern tun? Was in Transitländern? Wie lässt sich die Integration verbessern? Europaweit reden wir viel zu wenig über Integration. Stattdessen redet man schlecht über Flüchtlinge, die man auf den Strassen sieht.

*Sie übertreiben.*

Gut - hier in der Schweiz sieht man wenig solche Szenen. Aber in Italien, wo ich herkomme, sieht man viele Flüchtlinge auf den Strassen. Die Diskussion sollte sich darum drehen, welche Möglichkeiten man ihnen bieten kann, zum Beispiel Arbeit in der Landwirtschaft, im Handwerk, im Dienstleistungssektor, wo das Personal ohnehin knapp ist. Aber stattdessen wird darüber diskutiert, wie man sie aus dem Land werfen kann. Warum? Weil es Stimmen bringt.

*Was läuft denn falsch in der politischen Debatte?*

In Italien dreht sich die grosse Frage nicht um Flüchtlinge, sondern um Migration. Und so läuft es in vielen Ländern, auch in der Schweiz: Man braucht Hunderttausende Immigrantinnen und Immigranten, damit Gesellschaft und Wirtschaft funktionieren. Die Geburtenraten sind derart tief. Was die Länder brauchen, ist eine Politik, die nach Lösungen für Migration sucht.

*Sie meinen zum Beispiel Visaprogramme für Ausländer?*

Genau. Wenn eine Regierung sich aktiver um solche Kanäle für Migration kümmern würde, dann würde der Druck auf den Asylkanal sinken. Die Realität ist: Europa braucht jedes Jahr Millionen von Einwanderern, um funktionieren zu können. Diese Zuwanderung muss man steuern. Auch wenn es nicht einfach ist.

*Wo müsste man Ihrer Meinung nach ansetzen?*

Man müsste das nicht auf nationaler Ebene tun. Sondern als Kontinent über Quoten und über Visaprogramme sprechen. Natürlich hätte das ein Preisschild: Gerade in Italien arbeiten viele irreguläre Migranten zu irregulär tiefen Löhnen. Die Preise würden mit den Löhnen steigen. Aber man würde Ordnung schaffen. Und das Asylrecht wäre wieder für die Leute da, die es brauchen.

*Sie pflegen zu sagen: «Die Menschheit war noch nie so mobil wie heute.»*

Es war noch nie so einfach, sich auf unserem Planeten zu bewegen. Für alle. Und damit meine ich nicht die kriminellen Schlepper, die harte Strafen verdienen. Und ich meine auch nicht unbedingt Busse oder Züge. Ich meine auch die Möglichkeit, jederzeit rund um den Globus kommunizieren zu können. Ein syrischer Flüchtling hat mir auf der griechischen Insel Lesbos einmal eine Geschichte erzählt: Am meisten Angst hatte er nicht im syrischen Kriegsgebiet oder unter Beschuss an der Grenze, sondern dann, als im Boot auf dem Meer zwischen der Türkei und Lesbos der Handyempfang abbrach.

*Wenn die Menschen so mobil sind: Worauf müssen sich Europa und die Schweiz einstellen?*

Dass die Menschen weiterhin kommen werden, ausser wir gehen die tiefer liegenden Ursachen für Migration an. Es gibt zwei grosse Ungleichgewichte: Der Reichtum ist ungleich verteilt, und im Süden wachsen die Bevölkerungen, während die Menschen im Norden kaum noch Kinder haben. Solange dies so ist, wird es diese Migrationsbewegung geben.

*In der Schweiz hat der Krieg in der Ukraine zu einer Debatte über die Neutralität geführt. Die eine Seite will an einem traditionellen Verständnis festhalten, während die andere Seite näher an die westliche Koalition rücken will. Die Schweiz ist Sitzstaat des UNHCR - wie positionieren Sie sich in dieser Frage?*

Es wäre nicht angemessen, mich in diese Debatte einzumischen. Das gehört nicht zu meinem Mandat.

*aber?*

Es gibt eine Sache, die ich sagen will, zumal ich jetzt dann gleich den Bundespräsidenten treffe. Die Schweiz hat eine lange Tradition als Verhandlerin, als Friedensstifterin, als Vertreterin des internationalen humanitären Rechts. Und das Land ist jetzt im UNO-Sicherheitsrat. Das Land kann sich für Frieden und Dialog einsetzen. Damit meine ich nicht nur die Ukraine, sondern ganz viele Konflikte, in denen die Schweizer Stimme gefragt ist. Und noch einen Aspekt, wenn ich darf.

*Bitte.*

Der betrifft nicht nur die Schweiz. Es geht um eine Position, die auch der UNO-Generalsekretär bezogen hat

*Sie meinen António Guterres.*

Ja. Wir hoffen inständig, dass es in der Ukraine Frieden geben wird. Dass es einen gangbaren Weg dorthin gibt. Aber es ist nun mal so, wie der Generalsekretär es sagt: Russland hat die UNO-Charta verletzt. Und jeder Frieden muss ein gerechter Frieden sein.

*Moment - da gibt es einen Widerspruch. Sie haben einmal gesagt: «Das beste Gegenmittel gegen Vertreibung ist es, den Krieg zu stoppen.» Haben Sie als UNHCR-Vertreter nicht ein Interesse, auf ein schnelles Ende des Kriegs zu drängen, um Menschenleben zu retten?*

Der Krieg muss auf eine gerechte Art enden. Ich sage dies im Bewusstsein, dass die Härte des Konflikts im Moment nicht abnimmt. Im Gegenteil: Der Zermürbungskrieg, den wir jetzt sehen, zum Beispiel in Bachmut, ist für die zivile Bevölkerung oft am tödlichsten. Ja, es sind heute weniger Leute betroffen als zum Beispiel während der Belagerung von Mariupol. Aber es gibt nach wie vor Zivilisten nahe der Frontlinie. Wir waren kürzlich in Odessa, Mykolajiw, Charkiw und Saporischschja: Da gibt es immer wieder Beschuss. In Reichweite der Artillerie leben Millionen Menschen. Der Krieg ist nicht nur Bachmut. Aber nochmals: Ein Kriegsende, das auf einer Verletzung der UNO-Charta basiert, ist nicht unterstützenswert. Ansonsten unterstützen Sie deren Missbrauch.

© Tagesanzeiger. Alle Rechte vorbehalten.